

Bürgerinitiative Stopp-West-Jetty
c/o
Christian Barz
Frischstr. 36
25541 Brunsbüttel
Telefon: 0152 2905 1816
E-Mail: chr.barz@arcor.de



Brunsbüttel, 26.07.2023

Bundesministerium
für Wirtschaft und Klimaschutz
Herrn MD Dr. Philipp Steinberg
11019 Berlin

Ihre Antwort auf die Resolution der Ratsversammlung der Stadt Brunsbüttel zur geplanten Lage einer möglichen Jetty westlich des Elbehafens.

Ihr Schreiben vom 21.07.2023

Sehr geehrter Herr Ministerialdirektor Dr. Steinberg,

Ihrem Antwortschreiben entnehme ich, dass eine Beschleunigung des Baus des landseitigen Terminals (östlich des Elbehafens) nach Ihrer Auffassung nicht realisierbar ist. Dem möchte ich entschieden widersprechen.

Für das östlich des Elbehafens geplante landseitige LNG Terminal ist das Planfeststellungsverfahren schon weit fortgeschritten. Die öffentliche Auslegung der Planunterlagen ist bereits abgeschlossen.

Für die Jetty westlich des Elbehafens, ist nach hiesigem Kenntnisstand noch nicht mal der Antrag auf Planfeststellung gestellt.

Es ist auch nicht erforderlich den Bau des gesamten landseitigen Terminals zu beschleunigen, sondern lediglich der Bau der Jetty für dieses Terminal sollte beschleunigt werden. Da der Bund über die KfW der größte Anteilseigner des landseitigen Terminals ist kann das BMWK diesbezüglich leicht Einfluss auf das Vorhaben nehmen. Da für diese Jetty die Planungen bereits sehr weit fortgeschritten sind und auch bereits ein Generalunternehmer verpflichtet wurde, kann hier sehr schnell mit dem Bau begonnen werden. Bautechnisch gibt es keinen Grund warum eine Jetty westlich des Elbehafens schneller errichtet werden kann als östlich. Das BMWK muss es nur wollen.

In Ihrem Antwortschreiben betonen Sie, dass Sie die Bedenken der Anwohnerinnen und Anwohner sehr ernst nehmen. Leider haben die Bewohner des Stadtteils Brunsbüttel Süd davon noch nichts gemerkt. Ein Gespräch von entscheidungskompetenten Mitarbeitern ihres Hauses mit den Betroffenen hat noch nicht stattgefunden. Lediglich mit Brunsbüttel Ports werden unentwegt Gespräche geführt.

Der Hafenbetreiber vertritt natürlich ausschließlich seine wirtschaftlichen Interessen. Die Belastungen der Nachbarn sind ihm dabei egal.

Er bekommt eine zusätzliche, 400m lange Liegestelle die vom Steuerzahler bezahlt wird und die an dieser Stelle unter normalen Voraussetzungen nicht genehmigungsfähig wäre, da sie zu dicht an der Einfahrt zum Nord-Ostsee-Kanal liegt.

Nach dem Abzug der FSRU soll die Jetty für den Umschlag von verschiedenen flüssigen und gasförmigen (Gefahr-)Stoffen weiter genutzt werden, dies wird voraussichtlich an 365 Tagen im Jahr erfolgen. Da Seehafenumschlag in der TA-Lärm ausgenommen ist und die TA-Luft bei Schiffen keine Anwendung findet, haben die Anwohnerinnen und Anwohner keine Möglichkeit, rechtlich gegen die Lärm- und Luftbelastungen vorzugehen!

Da geht es dann leider nicht mehr um die von Ihnen hoch priorisierte Einhaltung von Grenzwerten! Die gelten dann nämlich nicht mehr! Dies gilt übrigens auch jetzt schon für den Umschlag von LNG aus LNG-Carriern auf die FSRU!

Dies ist der Hauptgrund warum sich hier in Brunsbüttel inzwischen starker Widerstand gegen den Bau einer Jetty westlich des Elbehafens formiert.

Ich hatte das alles auch schon vor Monaten Herrn Staatssekretär Stefan Wenzel erläutert. Ich habe allerdings den Eindruck das man in Ihrem Haus lieber mit dem Vorhaben scheitert, als den Dialog mit den Betroffenen zu suchen und eine einmal getroffene, falsche Entscheidung zu korrigieren.

Nach wie vor hoffe ich, dass man in Ihrem Hause bereit ist dieses Vorhaben nochmal zu überdenken und gemeinsam mit allen Betroffenen in den Dialog zu treten damit wir hier gemeinsam einen Betrag zu einer sicheren und preiswerten Versorgung Deutschlands mit Energie leisten können.

Mit freundlichen Grüßen

Christian Barz